



Antrag

Nummer: III/2002/02190
Datum: 06.03.2002
TOP 23
Wiedervorlage:
Aktz.:
Bezug-Nr.:
Abteilung/Amt/Fraktion: Dez. Planen und Bauen
Tepasse, Rainer

Beratungsfolge	Termin	Status	Zustimmung	Veränderung	Ablehnung
Stadtrat	27.03.2002	öffentlich beschließend			

Betreff: Antrag der CDU-Fraktion - betreffend die Aufnahme eines Verkehrsprojektes in den Bundesverkehrswegeplan

Beschlussvorschlag:

1. Die Verwaltung wird gebeten, gemeinsam mit dem Land Sachsen-Anhalt dahingehend tätig zu werden, dass der Bund als Straßenbaulastträger mit der Verbindung der im Südwesten der Stadt Halle (Saale) bereits teilweise bestehenden Ortsumgehung am Rand bestehender Bebauung durch Verbindung der B 80 mit der B 91 beauftragt wird.
2. Parallel zu stadt- und landesseitigen Aktivitäten berät der Ausschuss für Planungs- und Umweltangelegenheiten Punkt 1. Im Rahmen seiner Zuständigkeit.

Begründung:

Im Zuge der Steuerung von Verkehrsströmen in der Stadt Halle (Saale) ist eine Entlastung des inneren halleschen Stadtringes dringend erforderlich. Zur Zeit wird der gesamte motorisierte West-Ost- wie auch der Süd-Nord-Verkehr über die Innenstadt geführt. Eine Entlastung für den Süd-Nord-Verkehr wird die endgültige Fertigstellung der Haupteerschließungsstraße Ost (Osttangente) bringen, für die Entlastung in West-Ost-Richtung wird seit Jahren ein zusätzlicher Saaleübergang diskutiert.

Flächennutzungsplan und Voruntersuchungen der Verkehrsplaner weisen im Süden der Stadt parallel zur Kasseler Bahn eine Trasse aus, die mit dem Zusammenschluss der B 80 und der B 91 den regionalen außerstädtischen Verkehr aus der Stadt heraushalten würde. Gleichzeitig würde ein großer Abschnitt des mittleren Verkehrsringes als Bundesstraße mit der Fortsetzung in der Osttangente bis zur B 100 fertiggestellt werden können. Eine Aufnahme in den Bundesverkehrswegeplan könnte auch eine voraussichtliche Abstufung der B 80 zur Landesstraße nach Fertigstellung der A 38 verhindern.

Eine Störung der vorhandenen Naturschutz- und Landschaftsschutzgebiete entlang der Saale würde bei dieser Variante eines weiteren Saaleüberganges am verträglichsten ausfallen.

Vorteile:

- die Finanzierung dieser neu zu errichtenden Trasse erfolgt überwiegend durch den Straßenbaulastträger. Kosten für die Stadt Halle (Saale) entstehen nur im Rahmen des Straßenkreuzungsrechts;
- Umweltverträglichste Lösung und Vermeidung von Naturschutzkonflikten;
- Errichtung eines entlastenden mittleren Verkehrsringes und damit verbundene höhere Attraktivität der Stadt;
- Wesentliche Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur für ein Oberzentrum.

Finanzielle Auswirkungen:

Kostenneutraler Antrag, da die Untersuchungen zum dritten Saaleübergang auch diese Variante beinhalten.

Beraten mit:

Terminvorgabe	Person/Amt	Zuarbeit	Erledigt am
22.03.2002	Schmiedehaus, Anne-Katrin	Stellungnahme	

gez. Frank Sängler
Fraktionsvorsitzender

**Antrag der CDU-Fraktion betreffend der Aufnahme eines Verkehrsprojektes in den Bundesverkehrswegeplan
Vorlage-Nr.: III/2002/02190**

Stellungnahme der Stadtverwaltung:

Unter anderen aus den im Antrag genannten Gründen sieht auch die Stadtverwaltung die Notwendigkeit, eine leistungsfähige Verkehrsstraße von der Eislebener Chaussee (B 80) über die Saale bis hin zu der im Bau befindlichen Haupterschließungsstraße Gewerbegebiete Halle-Ost (so genannte Osttangente) zu errichten. Um städtebauliche, ökologische und landschaftsplanerische Konflikte möglichst zu minimieren, bietet es sich hierfür an, eine Trassenführung gemäß der im Flächennutzungsplan und im Verkehrspolitischen Leitbild der Stadt Halle (Saale) dargestellten Südtangente entlang der Bahnstrecke Halle - Kassel auszuwählen. Die genaue Linienführung innerhalb dieses Korridors ist noch zu bestimmen.

Zum Vorschlag der Aufnahme dieses Projektes in den Bundesverkehrswegeplan (BVWP) teilt die Stadtverwaltung Halle mit, dass das Landesamt für Straßenbau des Landes Sachsen-Anhalt derzeit beim Bundesministerium für Verkehr (BMV) prüfen lässt, ob der vorgesehene südliche Saaleübergang in die Baulast des Bundes übernommen werden würde.

Im Falle einer Zusage beabsichtigt das Landesamt für Straßenbau zu beantragen, das Vorhaben in den BVWP (vordringlicher Bedarf) aufzunehmen (Beschluss zum BVWP ist im Jahre 2003 vorgesehen). Es handelt sich dabei um den Abschnitt Südtangente von der B 80, Höhe Zollrain, bis Anschluss Paul-Suhr-Straße.

Rainer Tepasse
Beigeordneter für
Planen und Bauen